

**Auswertung der Regionalkonferenzen der LINKEN Sachsen zur
Bundestagswahl 2017 mit den Themenschwerpunkten Europa,
Ostdeutschland und Soziales**

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung am 19. Mai 2017

Information: Der Landesvorstand der LINKEN. Sachsen nimmt die Auswertung der Regionalkonferenzen der LINKEN Sachsen zur Bundestagswahl 2017 mit den Themenschwerpunkten Europa, Ostdeutschland und Soziales.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Landesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

f.d.R.

Dresden, den 19. Mai 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Dokumentation der Regionalkonferenzen zum Bundestagswahlprogramm 2017

Mit dem Beschluss des Landesvorstandes zum sächsischen Fahrplan zur Beteiligung an der Erarbeitung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017 hat der Landesvorstand unter anderem drei thematische Regionalkonferenzen beschlossen. Diese sollten im Anschluss an die von Bundesebene organisierte – thematisch allgemeine – Regionalkonferenz in Leipzig und nach Vorlage des zweiten Entwurfs des Bundestagswahlprogramms stattfinden. Als Orte wurden die drei großen Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz gewählt, um möglichst vielen GenossInnen die Beteiligung an den Regionalkonferenzen zu ermöglichen. Jede dieser Regionalkonferenzen sollte sich im Schwerpunkt mit einem Politikbereich auseinandersetzen. Die Regionalkonferenzen fanden rund um die 1. Tagung des 14. Landesparteitages / der LandesvertreterInnenversammlung statt. In Leipzig am 27. April, in Dresden am 3. Mai und in Chemnitz am 4. Mai.

Setting

Als Themen wurden „Europa“ (Leipzig), „Ostdeutschland“ (Dresden) und „Soziales“ mit Schwerpunkt auf die Situation Soloselbstständiger und der Frage der Kindergrundsicherung (Chemnitz) gewählt. Die Debatte sollte als moderiertes Publikumsgespräch geführt werden. Den Auftakt der Regionalkonferenzen bildeten Impulsreferate von Abgeordneten der Partei mit dem entsprechenden politischen Schwerpunkt. So referierte Cornelia Ernst als Europaabgeordnete in Leipzig, Susanna Karawanskij als Ostdeutschlandbeauftragte der Bundestagsfraktion in Dresden und Nico Brünler – wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion – zu Soloselbstständigen und Sabine Zimmermann als Leiterin des AK I: Soziales, Gesundheit und Rente der Bundestagsfraktion zur Kindergrundsicherung in Chemnitz. Dem Impulsreferat schlossen sich Debatten in zwei Blöcken an, in denen anhand von vorher erarbeiteten Leitfragen eine gemeinsame Position gesucht werden sollte. Die Debatte wurde dabei für die TeilnehmerInnen transparent über Beamer in Form einer Mindmap von Argumentationszusammenhängen protokolliert. Aufgabe der jeweils zwei ModeratorInnen war es dann, zum Ende eines jeden Debattenblocks abstimmungsfähige Thesen zu formulieren und zur Abstimmung zu stellen. Diese Thesen sollten bei positivem Meinungsbild aus der Gruppe Grundlage bzw. Handlungsrahmen zur Erarbeitung von Änderungsanträgen des sächsischen Landesverbandes zum Leitantrag an den Bundesparteitag werden.

Debatten und Tendenzabstimmungen

Europa

Teilnehmende

Anwesend waren rund 35 Mitglieder der Partei, davon rund 30 Prozent MandatsträgerInnen aus den unterschiedlichen Parlamenten. Der überwiegende Teil der Teilnehmenden stammte aus dem Raum Leipzig. Der hohe Anteil an jüngeren Genossinnen (U35) war insbesondere auf Grund des Themas Europa anwesend.

Debattenzusammenfassung

In der Debatte zeichnete sich ab, dass der bisherige Arbeitsstand des Programms im Hinblick auf die Aussagen zu Europa als unzureichend – mithin aber besser als der erste Entwurf – wahrgenommen wurde. Was fehle, sei eine LINKE Vision der Zukunft Europas, sowie ein Bekenntnis zum europäischen Projekt und die Beschreibung dessen, wie das aussehen kann. So erachteten die Teilnehmenden verschiedene Aspekte der EU für unbedingt bewahrenswert, wie bspw. die Abschaffung der innereuropäischen Grenzen, die Wahrung von Grund- Menschen- und Minderheitenrechte, die Einklagbarkeit dieser Rechte in einem europäischen Rahmen, sowie ein Projekt multilateraler Zusammenarbeit auf europäischer Ebene im Ganzen. Ein Ende dieses europäischen Projektes bedeute einen Wohlstandverlust für alle. Gleichzeitig wurde in Frage gestellt, ob die EU als Konstrukt überhaupt reformunfähig sei. So seien die Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten und die Dominanz Deutschlands in der EU, die sich wirtschaftlich durch Exportüberschüsse und politisch in der herrschenden Austeritätspolitik manifestierten, zu überwinden. Das Prinzip der „zwei Gesetzgeber“ – also der EU und der Nationalstaaten – wurde kritisch betrachtet. Keine Einigkeit bestand in der Frage, ob man aus einer nationalstaatlichen Abrüstungsperspektive ein europäisches Militär zu diskutieren müsse. Die Vertiefung der Union als Wirtschafts- und Sozialunion, das Ziel einer vertieften grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen und die Notwendigkeit der vertieften Zusammenarbeit mit europäischen Staaten außerhalb der EU wurden dagegen positiv aufgenommen. Gleichzeitig wurde eingeworfen, dass zu dieser Vertiefung eine weitere Kompetenzabgabe der Nationalstaaten notwendig sei. Diese müsse mit positiven Erfahrungen der BürgerInnen der EU verbunden werden. Ein Vorschlag war bspw. die Einführung eines gemeinsamen EU-Passes. Eine LINKE Vision für Europa müsse formuliert werden, was die Runde mit der Vision von der Republik Europa beantwortete. *(Weiterführend siehe Mindmap-Protokoll)*

Tendenzabstimmung

In der Tendenzabstimmung fand die Forderung, dass DIE LINKE eine **Vision einer Republik Europa** (MH/3/5) in ihr Wahlprogramm aufnimmt, eine Mehrheit. Bei der Alternativabstimmung, ob man das Projekt EU einstampfen und neu beginnen oder eher weiterentwickeln solle, fand die **Weiterentwicklung der EU** (MH/1/4) für die EU-Neubegründung eine breite Mehrheit. Die Forderung nach einem **Europa der Regionen, in dem die progressive Regionalisierung als Leitbild** dienen sollte (MH/1/2), das **Sanctury-City-Konzept** (Einst.), eine **nachhaltige Steuer-, Sozial-, und Wirtschaftsunion als Zwischenschritt** (einst.), **Freizügigkeit und Bleiberecht beim Brexit als verteidigungswertes Gut** (MH / 1/0), die **Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments bei gleichzeitiger Einschränkung der Rechte von Kommission und Rat** (MH/1/5), das Plädoyer für **Europäische Parteien** (MH/1/2), sowie der **Ersetzungsantrag „Für die Republik Europa“** (MH/0/3) fanden eine Mehrheit unter den Teilnehmenden. Auf die Abstimmung der Thesen zur Wahlrechtsgleichheit bei der Wahl des europäischen Parlamentes und der Erhöhung des Budgets des EU-Parlamentes nach einer Reform wurde verzichtet.

Ostdeutschland

Teilnehmende

Anwesend waren knapp 30 Mitglieder. Davon waren 4 Mitglieder des Landesvorstandes und eine Bundestagsabgeordnete. Es waren nur zwei weitere jüngere Mitglieder dabei. Ansonsten war der Altersdurchschnitt recht hoch.

Debattenzusammenfassung

Zu Beginn der Veranstaltung gab Susanna Karawanskij mit ihrem Input einen Überblick über die aktuelle Gemengelage in Sachen Ostdeutschland. Hiervon ausgehend wurde zunächst über die Frage debattiert, wie sich die Lebensperspektiven in Ostdeutschland verbessern lassen. Ein wesentlicher Punkt bildete sich gleich zu Beginn heraus: Es ist nicht zielführend, ostdeutsche Perspektiven per se schlechtzureden. Anstatt dessen sollten wir die Neustartkompetenzen, die sich viele Ostdeutsche in ihren Biografien erarbeitet haben in den Vordergrund stellen. Auch die unterschiedlichen Wertvorstellungen vieler Ostdeutscher (bspw. bei der Rolle der Frau und bei Alleinerziehenden) können als Ausgangspunkte für eine neue, progressive Erzählung ostdeutscher Verhältnisse sein. Auf dieser Grundlage sollten dann eigene Projekte und Initiativen erarbeitet werden. Hierzu zählen u. A. die Rückführung der Daseinsvorsorge in kommunale oder Landeshand, eine stärkere Beachtung der wirtschaftlichen Situation von Bäuer*innen und klein- bis mittelständischer Unternehmer*innen, sowie die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements. Darüber hinaus brachten viele Teilnehmer*innen ihre Sorge über die Dominanz westdeutscher Seilschaften in Betrieben, Universitäten und im Ehrenamt zum Ausdruck.

Im zweiten Teil der Veranstaltung stand die Frage im Mittelpunkt, welche strukturellen Änderungen für die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West nötig wären. Hierbei war der Fokus der Debatte zunächst auf den ländlichen Raum gerichtet. Es folgte eine ganze Reihe von Vorschlägen zur (Wieder-)Herstellung der Teilhabe, Mobilität, Daseinsvorsorge, sowie zur Unterstützung selbstorganisierter Strukturen (siehe Mindmap). Ein hingegen ganz grundlegendes Anliegen stellt die Forderung nach einer radikalen Veränderung des Steuersystems. Tenor: Steuern, die lokal erwirtschaftet werden müssen auch lokal verbleiben. Auch der soziale Wohnungsbau muss ein bundesweites Anliegen sein. *(Weiterführend siehe Mindmap-Protokoll)*

Tendenzabstimmung

- 1.1. Das **Kapitel Ostdeutschland soll durch positive Erzählung** ostdeutscher Biografien eröffnet werden. (MH/0/einige)
- 1.2. **Erhalt der kommunalen öffentl. Daseinsvorsorge**, Rückkauf ehem. kommunalen Eigentums (eigenes Kapitel): MH/0/1
- 1.3. **Anerkennung der Lebensleistung** von Ostbiografien bei Gleichzeitiger Beachtung der Nachwendebiografien (2 Stränge): MH/0/4
- 2.1. **Radikale Reform des Steuersystems**: u. A. Einführung einer Gemeindefinanzsteuer bei gleichzeitiger Ansiedlung von Unternehmen in strukturschwachen Regionen. (MH/0/1)
- 2.2. **Rekommunalisierungsprogramm** in strukturschwachen Regionen (einstimmig)
- 2.3. **Stärkung von lokalen, genossenschaftlichen** und/oder selbstorganisierten Projekten in strukturschwachen Regionen (Bspw. Mobiler Geldautomat, mobile Bibliothek, Theaterbusse, etc...) einstimmig.
- 2.4. **Vereinfachung der regionalspezifischen Vereinsförderung** und politische Bildungsangebote ausbauen. (einstimmig)
- 2.5. **Harmonisierung von Rückbau und Aufbau von Infrastruktur**. Wo Infrastruktur abgebaut wird, muss sie an anderer Stelle geschaffen werden. (MH/0/3)
- 2.6. **Gleichwertige Lebensverhältnisse** bedeuten für uns gleichwertige Lebensqualität in Stadt und Land. Das beinhaltet ein Umdenken weg von der Euro pro Kopf Verteilung bei staatlichen Mitteln. (MH/0/2)

Soziales

Teilnehmende

Rund 45 GenossInnen aus dem Raum Chemnitz fanden sich ein. Etwa ein Dutzend schien insbesondere am bisher wenig beleuchteten Thema Soloselbstständige besonders interessiert und deshalb anwesend.

Debattenzusammenfassung

Die Debatte in Chemnitz war thematisch zweigeteilt. Zunächst beschäftigte sich die Runde mit der Situation Soloselbstständiger. Einig war man sich darüber, dass das Thema Soloselbstständige im Wahlprogramm zu kurz kommt und an der falschen Stelle. Der Entwurf führt diese nur im Bereich der Kritik neuer Arbeitsformen („Crowdworking“) an und blendet dabei die Situation von Soloselbstständigen bspw. in prekären personennahen Dienstleistungen (Pflege, Tageseltern) oder freier Berufsgruppen (KünstlerInnen, freie JournalistInnen) aus. Wirksame Methoden, welche die Partei bereits für abhängig Beschäftigte vertritt sollten so ihre Übersetzung in die Welt der Selbstständigen finden. Gleichwohl wurde darauf verwiesen, dass genau diese Übersetzung schwierig sein kann: Wer kontrolliert bspw. die Einhaltung von Mindesthonoraren, greift dies eventuell in die Vertragsfreiheit ein, usw. usf. Auch andere Aspekte der sozialen Sicherheit, bspw. der Probleme bei der Gesundheitsversorgung, wurden debattiert, entsprechende Vorschläge zur Unterstützung Selbstständiger positiv aufgenommen. Die Debatte war insgesamt geprägt von einem großen Verständnis für die Nöte von (Solo-) Selbstständigen, was in dem Plädoyer zur Ergänzung des Kapitels „Gute Arbeit“ kulminierte. Der zweite Teil der Debatte beschäftigte sich mit der Kindergrundsicherung. Insbesondere die Frage des Modells und der Höhe der Grundsicherung standen dabei im Mittelpunkt der Debatte. Der Kompromiss der Bundestagsfraktion, zunächst eine Erhöhung des Kindergeldes zu fordern und als mittelfristige Perspektive die Kindergrundsicherung – ohne sich dabei auf eine Höhe festzulegen – fand Zustimmung, da unterschiedliche Summen unterschiedlicher Akteure im Raum standen. Gleichzeitig plädierten die Teilnehmenden breit für die Aufnahme der Kindergrundsicherung in den Katalog der Forderungen in der Präambel, auf die die Partei besonderen Schwerpunkt setzen will. *(Weiterführend siehe Mindmap-Protokoll)*

Tendenzabstimmung

Mit großer Mehrheit (MH/1/1) wurde dem Anliegen zugestimmt, das Thema

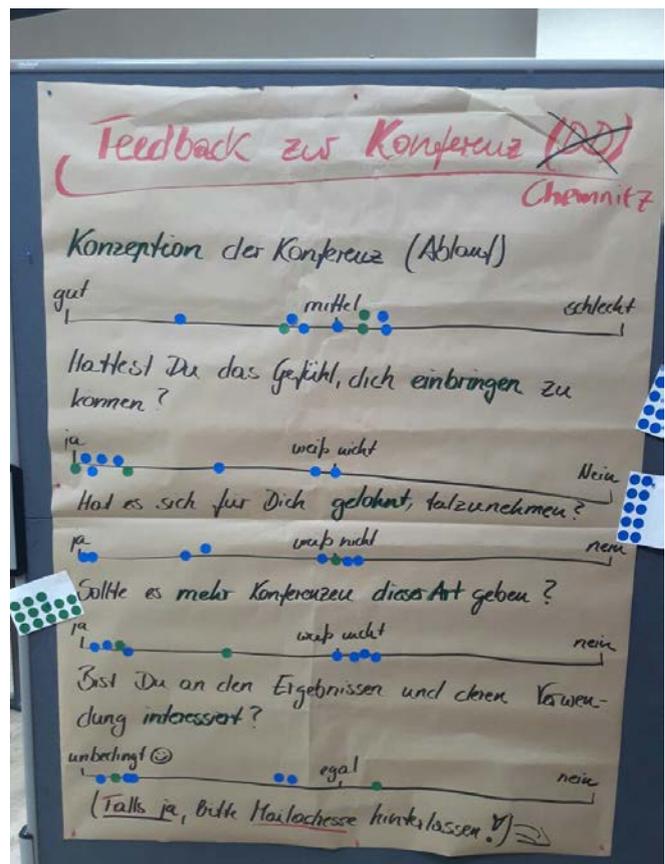
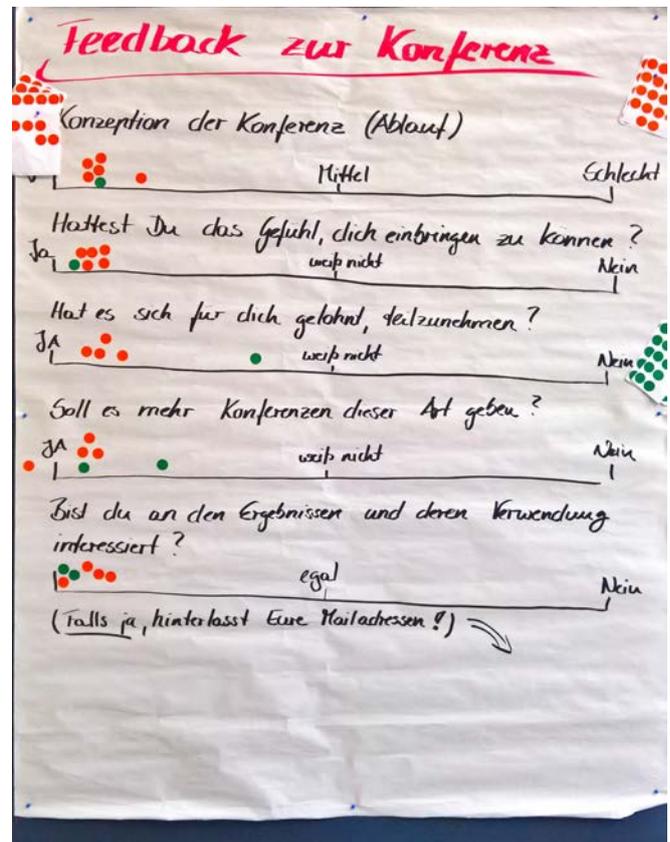
Soloselbstständigkeit als eigenes Unterkapitel unter Kapitel 1 „Gute Arbeit“ zu ergänzen. Das Anliegen, die Lage von Promovierenden mit Stipendien (4/2/MH) und Lehrbeauftragten (3/2/MH) ebenfalls aufzunehmen fand nur vereinzelt Zustimmung. Die Mehrheit enthielt sich. Das Thema Schwierigkeiten beim Krankenkassenwechsel für Selbstständige wurde nicht abgestimmt.

Das Anliegen **die Kindergrundsicherung in die Aufzählung der zentralen Anliegen in der Präambel aufzunehmen** (MH/0/1) fand ebenso eine Mehrheit wie das Anliegen, einen **Systemwechsel vom dualen System von Kindergeld und Kinderfreibetrag zur Kindergrundsicherung** (MH/1/7) zu befürworten.

Feedback

Um einen Eindruck darüber zu erhalten, wie das Format der Regionalkonferenzen bei den Teilnehmenden aufgenommen wurde, wurde auf jeder Veranstaltung eine Feedbackwand aufgestellt. Der Rücklauf von den Veranstaltungen widerspiegeln stark Vorbereitung, Debattenverlauf und die Atmosphäre der Veranstaltungen. Bei der Regionalkonferenz in Leipzig bewerteten insgesamt sechs Teilnehmende an der Feedbackwand die Veranstaltung. Diese bewerteten die Konzeption der Veranstaltung als gut, hatten alle das Gefühl, sich einbringen zu können, bewerteten überwiegend die Teilnahme an der Veranstaltung als lohnenswert (einmal „weiß nicht“), wollten, dass es mehr Konferenzen dieser Art gibt und waren sehr interessiert an den Ergebnissen der Veranstaltung. Anders das Feedback in Chemnitz. Bei dieser Regionalkonferenz bewerteten insgesamt neun Teilnehmende an der Feedbackwand die Veranstaltung. Diese bewerteten die Konzeption der Veranstaltung als überwiegend „mittel“ (einmal „mittel bis gut“). Sechs Teilnehmende hatten das Gefühl, sich einbringen zu können, während zwei dies nicht bewerten konnten, eine Person zwischen ja und weiß nicht schwankte. Ähnlich verhielt es sich mit der Bewertung, ob sich die Teilnahme an der Veranstaltung gelohnt habe (zwei „Ja“, zwei „Ja bis weiß nicht“, vier „weiß nicht“) und ob sie wollen, dass es mehr Konferenzen dieser Art gibt (vier „Ja“, einmal „ja bis weiß nicht“, vier „weiß nicht“). Vier waren an den Ergebnissen der Veranstaltung interessiert, drei war es eher egal.

Weil bei der Regionalkonferenz in Dresden leider vergessen wurde, auf die Möglichkeit der Feedbackwand hinzuweisen, wurde diese von den Teilnehmenden nicht genutzt.



Kritik und Ausblick

Auf Grund des starken Personalwechsels in der Landesgeschäftsstelle und der Vor- und Nachbereitung des Landesparteitages/ der Landesvertreter*innenversammlung liefen die organisatorischen Vorbereitungen der Regionalkonferenzen leider nicht optimal. Zwei Veranstaltungsorte waren zudem nicht oder nur eingeschränkt barrierefrei zugänglich (obwohl anders gebucht). In Leipzig war der Baufortschritt am Objekt noch nicht so weit fortgeschritten wie bei Buchung erhofft, in Chemnitz war von den zwei kleinen Sälen im Objekt ausgerechnet der nicht barrierefrei zugängliche bestuhlt worden. Auch die technische Vorbereitung war in diesem Objekt nicht optimal, so dass Saalmikrofone fehlten und Teilnehmende für ihren Redebeitrag an das Rednerpult treten mussten.

Die Kritik an der technisch-organisatorischen, wie auch an der zum Teil für die Teilnehmenden nicht nachvollziehbaren inhaltlichen Vorbereitung nehmen wir sehr ernst.

1. Die technisch-organisatorischen Aspekte lassen sich hierbei durch eine intensivere Vorbereitung der Veranstaltungen lösen.
2. Inhaltlich und im Hinblick auf den Veranstaltungsverlauf hat sich gezeigt, dass hierbei eine stark moderierende Tagungsleitung zur positiven Wahrnehmung des Formates beiträgt. Dies ist eine fordernde Aufgabe für die Tagungsleitung, die gleichzeitig die Debattenergebnisse für Tendenzabstimmungen zusammentragen muss.
3. Die Moderator*innen der Veranstaltungen müssen sich intensiv mit den Debattenlagen in der Partei auseinandersetzen und sich im Vorfeld erarbeiten, welche Diskussionspunkte es gibt.
4. Ebenso wie die Qualität der Liveprotokollierung via Mindmapping-Tool trägt dies zum Erfolg dieser Veranstaltungen bei.
5. Die Leitfragen bei solchen Konferenzen müssen sich an den Konfliktlinien und innerparteilichen sowie spannenden gesellschaftlichen Debatten orientieren. Wenn sich alle einig sind, ergeben sich keine Spannung und damit keine Notwendigkeit der Teilnahme. Diese Leitfragen entsprechend herauszuarbeiten ist eine Herausforderung.
6. Weiterhin sollten die Leitfragen vor den Konferenzen veröffentlicht werden. Dann haben die Konferenzbesucher*innen die Möglichkeit, sich darauf vorzubereiten und wissen, welche Schwerpunkte diskutiert werden.
7. Zusätzliche Möglichkeiten, sich einzubringen, wie beispielsweise die „stille Wortmeldung“, also die schriftliche Abgabe von Ideen für all jene, die sich auf solchen Veranstaltungen eher ungern zu Wort melden wollen, fehlte bei diesen Regionalkonferenzen noch. Dies ist ein wichtiger Hinweis für Beteiligungsmöglichkeiten bei zukünftigen Veranstaltungen.
8. Die zeitliche Nähe der Veranstaltungen zur Landesvertreter*innenversammlung, wie auch der späte Zeitpunkt der Programmdebatte machten die Teilnahme an den Veranstaltungen übersichtlich.
9. Die Bewerbung der Konferenz ist untergegangen bzw. ist die Information bei vielen Mitgliedern nicht angekommen. Hier sind zukünftige andere Einladungsformen zu wählen bzw. eine intensivere Bewerbung nötig.
10. In Leipzig kam die Rückmeldung, dass sich Teilnehmer*innen enthalten haben bei Abstimmung, da sie mit bestimmten Begrifflichkeiten nichts anfangen konnten. Das bedeutet, dass vor den Abstimmungen eine genauere Klärung vorgenommen werden muss, um was es geht.

Die positiven Punkte in der Auswertung sind:

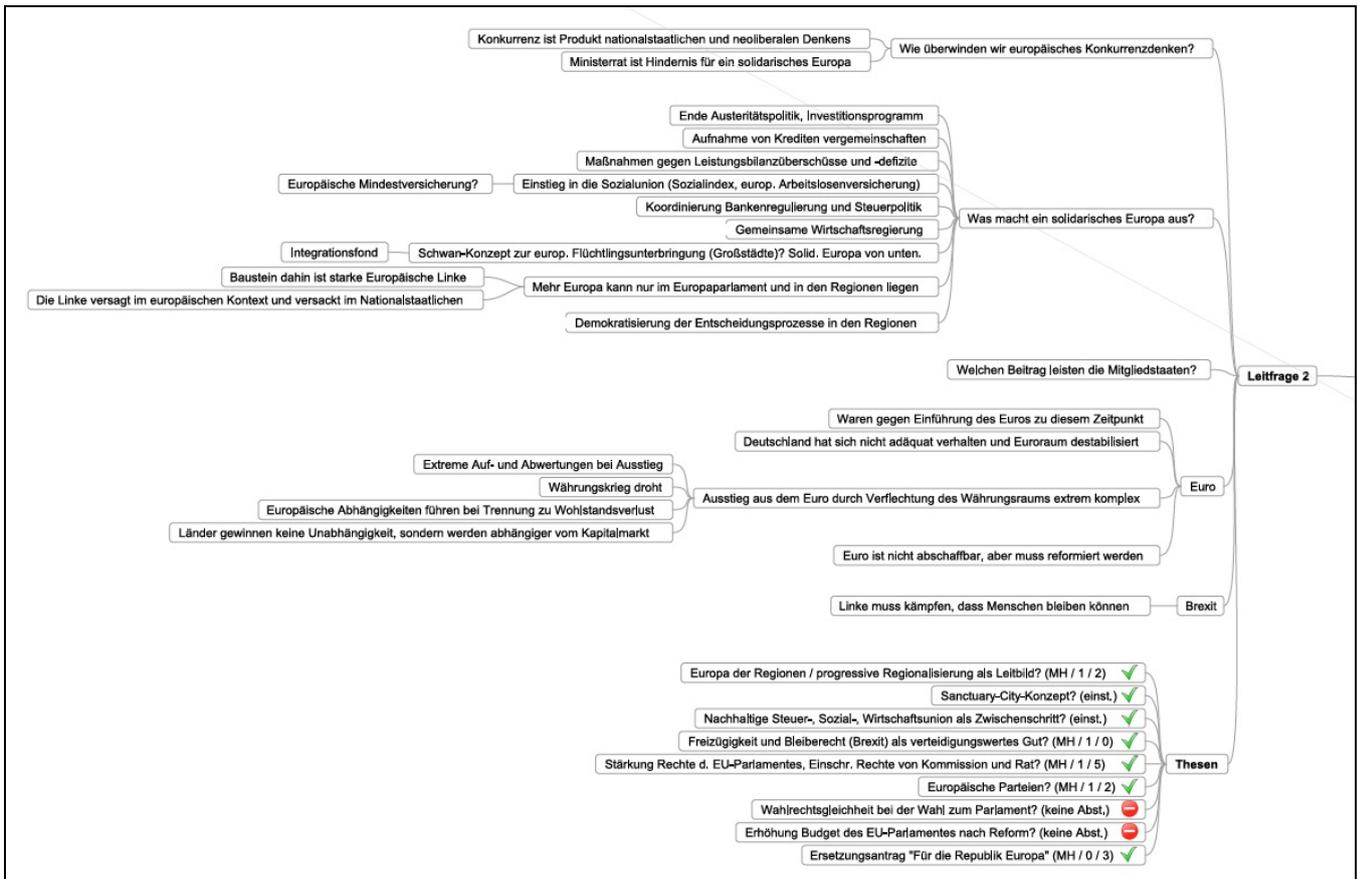
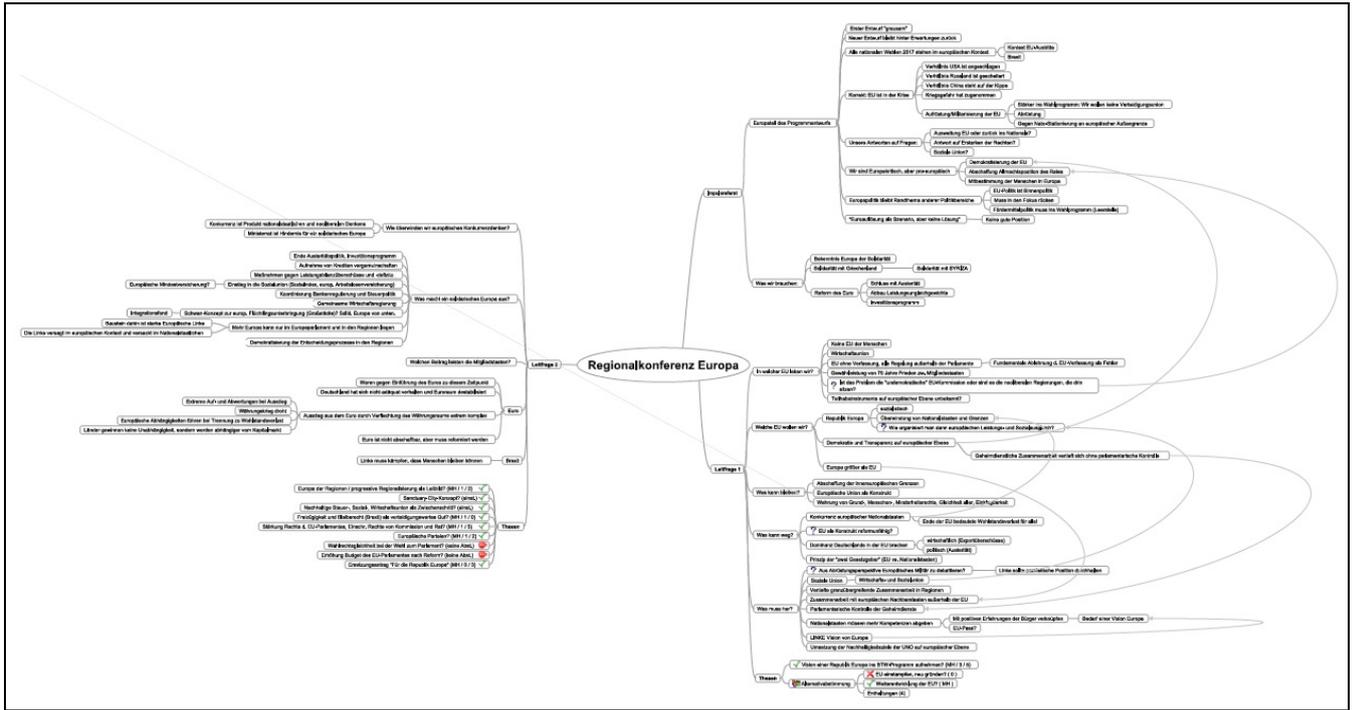
1. Die Teilnehmenden, egal welchen Alters, haben sich auf das Format eingelassen. Mit der nötigen Genauigkeit in der Vorbereitung und der in der Kritik formulierten Transparenz zu den Schwerpunktsetzungen, können wir hier ein Format für viele aus der Partei entwickeln.
2. Selbst bei Veranstaltungen, deren Verlauf stolperte, gab es eher positives Feedback.
3. Gerade die jüngeren Teilnehmer*innen halten die Art der Einbindung und Beteiligung für eine wichtige Säule im Rahmen der Mitgliederbestimmung unserer Partei.
4. Es sind neue Impulse gekommen, welche die Diskussion zu den Themenfeldern auch innerhalb des Landesverbandes qualifizieren.
5. Wir haben weiterhin Sichtweisen, jenseits der teilweise festgefahrenen monolithischen Blöcke, die es bei Themen innerhalb der Partei gibt, kennengelernt.
6. Wir konnten Mitglieder in Debatten mit einbinden, die das erste Mal bei einer landesweiten Veranstaltung waren.
7. Es konnten brauchbare und konkrete Konferenzergebnisse erarbeitet werden, die in die weitere Arbeit mit einfließen können.
8. Es gab nicht wie sonst üblich bei Konferenzen Co-Referate, die in der Debatte an sich nicht weiterbringen, sondern die Diskussionen verliefen sehr fokussiert.

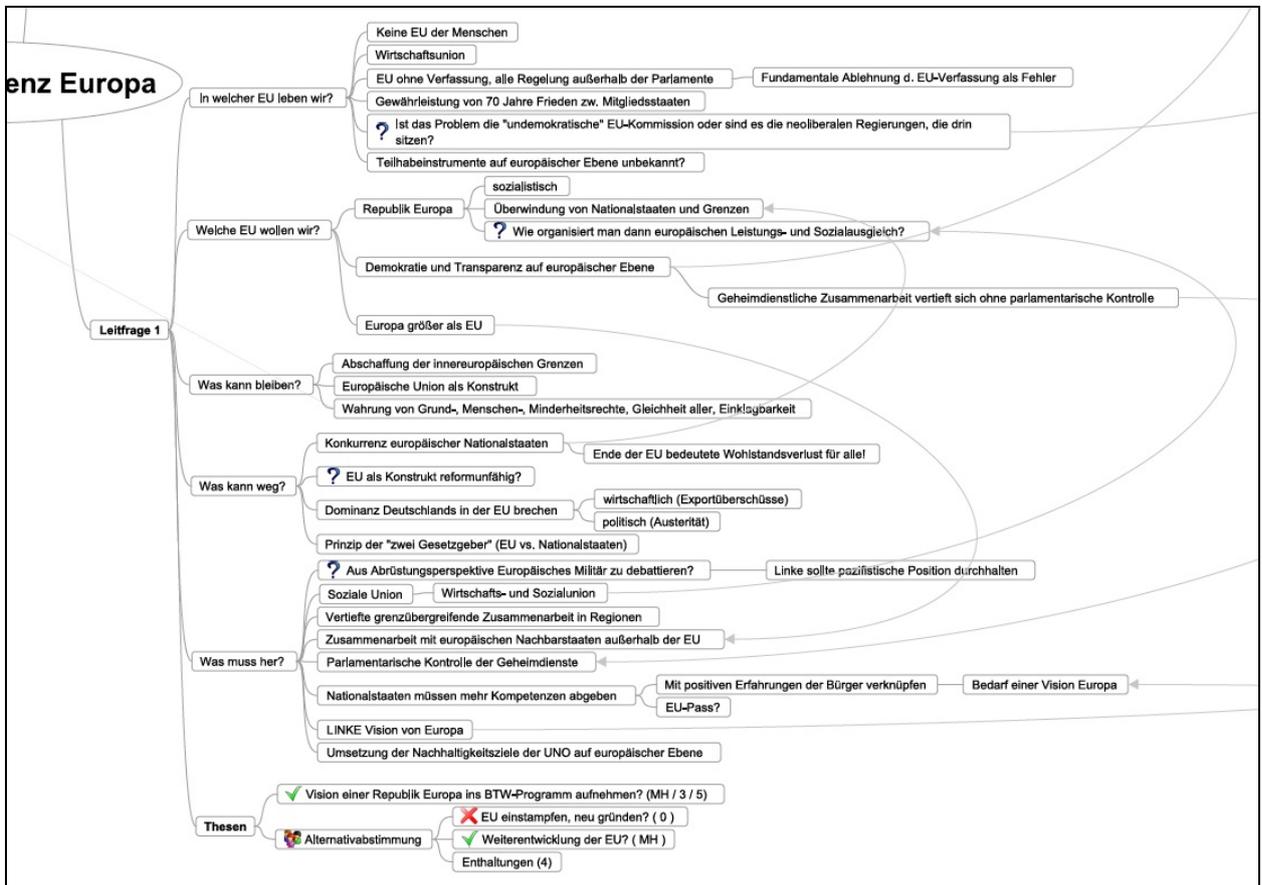
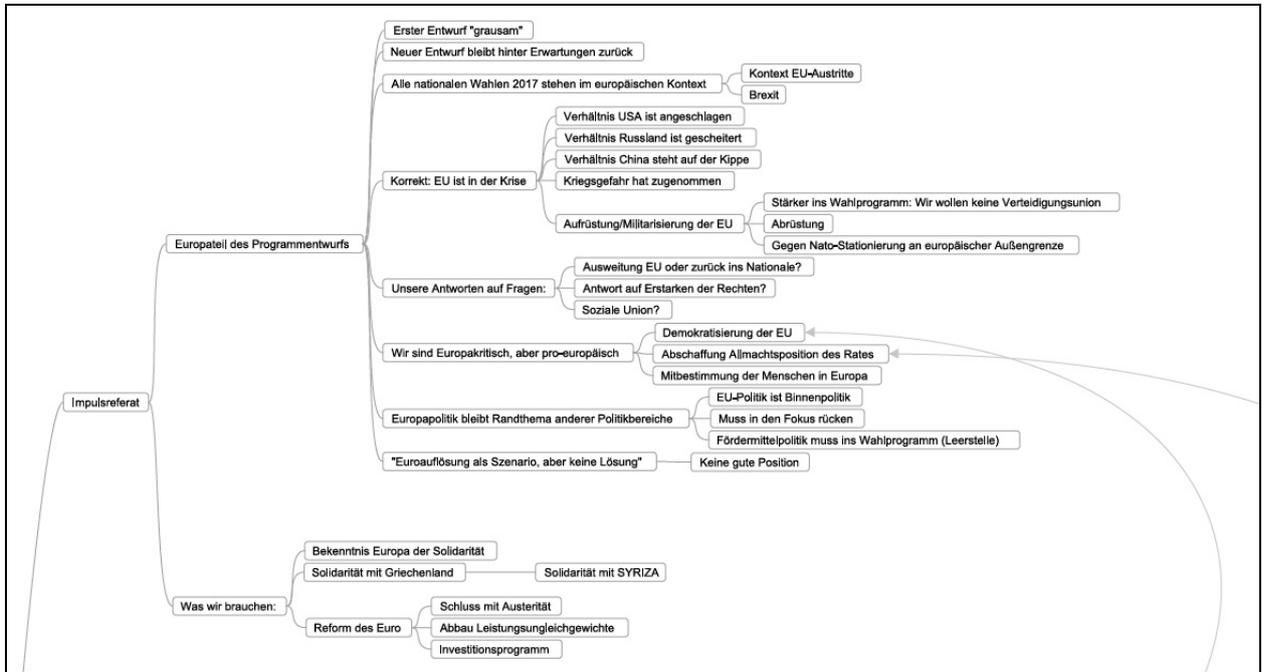
Kurzum: Das gewählte Format an sich erscheint auch für künftige Programmdebatten als sinnvoll, erfordert aber einen höheren Aufwand der Vorbereitung, Bewerbung und Moderation der Veranstaltungen, als dies bei anderen Formaten der Fall ist. Wir können das besser und sollten das Format weiterentwickeln und in den Jahresplanungen berücksichtigen. Die inhaltliche Fokussierung der Regionalkonferenzen macht sie insbesondere für „ExpertInnen“ auf diesem Politikfeld interessant und kann zu einem fachlich fundierten und vertieften Austausch führen. Der Ansatz, dass das, was die Teilnehmer*innen sagen, eine Rolle spielt, ist der richtige, wenn wir weiterhin den Ansatz fahren, dass Hierarchien möglichst flach zu halten sind bzw. die Rechte der Mitglieder so gestärkt werden.

Diskutiert werden muss für die Zukunft, welches Gewicht solche Konferenzen haben sollen und dürfen. Das wäre Bestandteil einer innerparteilichen Demokratie- und Beteiligungsdebatte, den wir, wenn wir solche Instrumente im Sinne der Mitglieder ausbauen wollen, führen müssen.

Die bei den Konferenzen erstellten Mindmaps

Konferenz mit Themenschwerpunkt Europa





Konferenz mit Themenschwerpunkt Ostdeutschland

